Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 4

Artikel: Krisenbilder aus Amerika
Autor: Krüsi, Jakob
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-136414

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gehört der Vergangenheit an und ist nicht mehr zum Leben zu bringen. Die zweite Bedeutung soll in uns eine bittere Erinnerung bleiben. Aber die dritte und wichtigste Bedeutung soll uns bleibend mahnen: eine andere Macht, die auf einer andern Gesinnung, einer andern Haltung beruht! Eine Macht, die an Christus nicht vorbeigeht, sondern mit seinem Evangelium ernst macht!

Daraus soll eine grundsätzliche Ablehnung der gottlosen Kriegsgewalt notwendig hervorgehen. Hier liegt die Aufgabe von „Kerk en Vrede" und unserer Gesinnungsgenossen in andern Ländern. Möge unser christlicher Antimilitarismus echt sein, d. h. erwachsen aus dem Evangelium und einem wiedergeborenen Herzen. Der Heilige Geist verrichte in Abbrechen und Aufbauen sein Werk an uns, so daß wir insgemein würdig seien, die hohen Grundsätze zu tragen, die wir als Männer und Frauen von „Kerk en Vrede" glauben und bekennen.

Dann sollen wir sie auch mit der Tat bekennen. Wenn, was in nächster Zukunft zu erwarten ist, die Nationalisten und Militaristen sich auch in unserm Land rühren und, wo Kriegswinde sich erheben, als drohende Wolken über uns stehen, kühn gemacht durch ihre Zahl und ihr Geheul, durch ihre Angst und Wut — möchten wir dann die stille, unbezähmbare Kraft finden, ihnen ruhig Widerstand zu leisten und zu sprechen: „Wir stehen in höherm Dienst, wir folgen dem einen von Gott uns geschenkten Führer, dem Einen, der unser Vaterland, unsere Seele und die Unsrigen beschirmen kann, dem Einen, der wahrhaftig überwinden wird in Zeit und Ewigkeit." Dazu helfe uns der allmächtige Gott! *G. J. Heering.*

So weit Heering. Unsere schweizerischen Leser werden von selbst für „Die sieben Provinzen" im Stillen „Genf" eingesetzt haben. So geht dieses tapfere Wort auch uns an. *R. L.*

Krisenbilder aus Amerika.

Zwei Prozent der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten besitzen schätzungsweise ungefähr siebzig Prozent des ganzen Volksvermögens. Die Konzentration des Kapitals ist also schon recht weit gediehen. Es ist ganz klar, daß diese zwei Prozent, d. h. diese ungefähr 2½ Millionen Menschen, den übrigen 120 Millionen Mitbürgern, sagen können, was in wirtschaftlichen Dingen zu tun und was zu unterlassen sei. Und das ist noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Namentlich seit den Kriegsjahren haben gewisse Gesellschaften und Truste trotz Antitrustgesetzen Riesenformat angenommen. Man denke beispielsweise an die riesigen Unternehmungen der Rockefellerfamilie. Diese größten Gesellschaften (etwa 200) werden von etwa 2000 Direktoren geleitet. Inbegriffen sind natürlich die Vertreter der Finanzwelt, ja, diese sind wahrscheinlich die aller-

wichtigſten Figuren in dieſen kapitaliſtiſchen Kombinationen. Es iſt heute ſo ziemlich klar und wird ſelbſt von kapitaliſtiſcher Seite kaum beſtritten werden können, daß das ganze Volk in weitgehendem Maße auf Gedeihen oder Verderben dieſen 2000 Direktoren ausgeliefert iſt. Was kann da Demokratie noch bedeuten und was noch der ſogenannte freie Bürger? Der Volkswille wird nach den Intereſſen der Oberſchicht gebeugt. Wenn das nicht ohne weiteres geht, ſo hilft man mit Dollars nach. Ein Großteil der Politiker und der Preſſe läßt ſich kaufen. Gerade gegenwärtig in ſtärkerem Maße, aber ſchon ſeit einiger Zeit hört und lieſt man aus Induſtrie- und Finanzkreiſen, daß des Landes einzige Rettung nur noch in einer milden Diktatur zu ſuchen ſei. Es kann aber kaum mehr beſtritten werden, daß wir im Wirtſchaftsgeſchehen in den Vereinigten Staaten heute ſchon eine Diktatur haben und zwar keine ſehr milde. Je weiter die Konzentration des Kapitals fortſchreitet, deſto rückſichtsloſer werden die Methoden der Unterjochung. Käme zum Unglück des Volkes zur Wirtſchaftsdiktatur noch eine politiſche, welche natürlich dieſelben Intereſſen vertreten würde wie die Induſtrie- und Finanzkreiſe, aus deren Mitte die Idee entſprang, ſo geriete das Volk vollkommen unter die Gewaltherrſchaft der oberſten Geſellſchaftsſchicht. Das jedenfalls würde dann etwa als milde Diktatur bezeichnet! Soweit ſind wir aber glücklicherweiſe doch noch nicht. Wohl iſt Nordamerika ja bis heute das wirkliche Eldorado des rückſichtsloſeſten Kapitalismus geweſen. Gleichzeitig iſt es aber auch ein Land freiheitlicher Ideen, die ſich in den 156 Jahren des Beſtehens dieſer Demokratie tief verwurzelt haben. Jetzt iſt nur die Zeit gekommen, wo ein gipfelſchwerer Kapitalismus ernſthaft mit den volksverwachſenen, demokratiſchen Prinzipien in Konflikt gerät. Die Anfänge dieſes Konfliktes haben wir ſchon.

In den letzten vier Jahren ſind tauſende von Banken zu Stadt und Land zugrunde gegangen. Schuld hieran ſind die ſehr ungenügenden geſetzlichen Regulative für Bankinſtitute, die ſinnloſe Spekulationswut der leitenden Organe während den Jahren der Proſperität und eine durch und durch verfehlte Finanzpolitik der Regierung. Durch dieſe vielen Bankfallimente hat das Volk Unſummen verloren. Zu dieſen Zuſammenbrüchen von ungefähr 11 000 größeren und kleineren Banken ſeit 1922 geſellte ſich ein allgemeiner Niedergang im geſamten Wirtſchaftsleben der Nation, begleitet von kataſtrophalen Preisſtürzen, wiederholten Lohnkürzungen und ſtetig wachſender Arbeitsloſigkeit. Unzählige Arbeiter, Angeſtellte und kleine Geſchäftsleute ſind in den letzten paar Jahren um alles gekommen, um ihr Heim, ihr Sparguthaben und um ihr Einkommen und werden jetzt vom Staat oder charitativen Organiſationen ſo ſchlecht und recht am Leben erhalten. Das alles geſchah unter den Augen des angeblichen Menſchenfreundes Herbert Hoover, der bis zu Ende des

Jahres 1930 wiederholt behauptet hatte, er wiſſe noch von keiner Depreſſion.

Wie erging es dem Farmer? Die Produktenpreiſe ſind ſeit 1929 derart geſunken, daß ein Farmer ſelbſt bei geringer Hypothekarverſchuldung einfach nicht mehr exiſtieren kann. In ſehr vielen Fällen können die Farmer weder Steuern noch Zinſen mehr entrichten, geſchweige denn die notwendigen Reparaturen vornehmen oder Maſchinen erſetzen, ohne die der amerikaniſche Farmer ganz einfach nicht mehr konkurrieren kann. Die Produktenpreiſe ſind vielleicht noch ein Fünftel der Preiſe vor 1929, Zinſen und Steuern ſind jedoch gleich geblieben und Maſchinen und Baumaterial ſind nur in ganz geringem Maße billiger geworden. Die Maſchinen- und Baumaterialieninduſtrie haben Arbeiter entlaſſen und Lohnkürzungen vorgenommen und ſich dadurch der Kriſenzeit angepaßt. Durch weitgehende Vertruſtung dieſer Induſtrien war es möglich, die hohen Preiſe bis heute einigermaßen zu halten. Vielen Farmern iſt es in den letzten Jahren nicht beſſer ergangen als den kleinen Hausbeſitzern. Wenn die Zinſen und Steuern nicht mehr entrichtet werden konnten, ſo war der nächſte Schritt die Zwangsverſteigerung und damit die Vertreibung einer vielleicht ſeit Generationen auf derſelben Farm ſeßhaften Familie. Es gibt Staaten, wo in den letzten Kriſenjahren ungefähr ein Drittel allen landwirtſchaftlichen Grundbeſitzes unter den Hammer gekommen iſt. Die Farmer forderten Hilfe, worauf in Waſhington die Herren Volksabgeordneten, deren wenigſte etwas von einer Farm verſtehen, das Problem der Farmerhilfe diskutierten. Das Ergebnis des langen Redens war ein Preisſtabiliſierungsmanöver größten Stils, das dann kläglich mißlang, ohne dem bedrängten Farmer auch nur im geringſten geholfen zu haben. Der Staatskaſſe aber trug es einen Verluſt von mehreren hundert Millionen Dollars ein. Ueber den regelmäßig verunglückten Hilfsmaßnahmen und insbeſondere über den immer zahlreicher werdenden Verſteigerungen iſt den Farmern ſchließlich die Geduld ausgegangen. Wie ſie einſehen mußten, daß von Waſhington keine Hilfe zu erwarten war, haben ſie ihr Recht in ihre eigenen Hände genommen und in ihrer Weiſe verteidigt. Manchenorts verſuchten ſie es vorerſt mit Streiks. Sie haben die Zufahrtswege in die Städte unterbunden und hofften, ſo Preiserhöhungen zu erwirken. Das mißlang. Der Verſteigerungen aber erwehrten ſich die Farmer dadurch, daß ſie ſich zuſammenrotteten und den Bankmännern und Verſteigerungsbeamten mit Flinte und Strick drohten. Dieſe Rebellion der Farmer gegen ihre Vertreibung von Haus und Hof iſt ſo allgemein geworden, daß man jetzt von Zwangsverwertungen abſieht und die Farmer ungeſchoren auf ihrem Grund und Boden weiterwirtſchaften läßt, auch wenn ſie die Zinſen und Steuern nicht bezahlen können. Die Verſicherungsgeſellſchaften, die einen Fünftel der Farmhypotheken in Händen haben, ſind den

Farmern mit einem Moratorium entgegengekommen. Das ist jedoch keine endgültige Lösung. Roosevelt aber tut gut, wenn er das Farmproblem ganz an den Anfang seines Programmes setzt. Es ist von allergrößter Wichtigkeit.

Selbstverständlich erwarten auch die Arbeitslosen — und derer gibt es schätzungsweise zwölf Millionen — von der neuen Regierung, daß endlich Durchgreifendes für sie getan werde. Die Arbeitslosenfürsorge, die einerseits noch deutlich den Stempel der Improvisation auf sich trägt, anderseits leider auch schon von der allgemeinen Korruption berührt worden ist, ist auch diesen Winter ganz ungenügend. Es ist geradezu erstaunlich, mit wie geringen Mitteln sich die Arbeitslosen durch den Winter hungern lassen. Natürlich mehren sich die Fälle von Unterernährung in verheerender Weise. An Arbeitslosendemonstrationen hat es nicht gefehlt; diese wurden aber in den meisten Fällen mit Hydranten, Knütteln und Feuerwaffen brutal unterdrückt, auch da, wo sich die Demonstranten durchaus korrekt betrugen und unbewaffnet waren.

Je dreister sich der Kapitalismus gebärden wird, je rücksichtsloser er die Würgarbeit am kleinen Manne vollzieht, je enger er auch seine Schlingen zieht um den Regierungsapparat des Landes, desto rascher gehen wir dem Konflikt entgegen zwischen dem Volk als Träger des demokratischen Prinzips und der Bank- und Industriewelt als Vertreterin des imperialistisch-kapitalistischen Prinzips. Wenn sich auch die beiden Prinzipien in früheren Entwicklungsstadien des Landes gut nebeneinander vertragen haben, so hat in letzter Zeit die Krisis Verhältnisse geschaffen, welche ein Sichvertragen nicht mehr ermöglichen. Die Rebellion der Farmer des Westens hat bereits mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß mit gelehrten Reden in Washington dem Volke nicht mehr geholfen ist. Von der neuen Regierung erwartet es radikale Maßnahmen, deren die alte, und wie wir hoffen wollen, für eine Reihe von Jahren erledigte Republikanerclique nicht fähig gewesen wäre. Was etwa zu erwarten wäre, wenn die neue Regierung außerstande sein sollte, eine spürbare Besserung der Lage einzuleiten, das zeigt eine Motion, die kürzlich im Abgeordnetenhause von Nord-Dakota eingebracht wurde. Es wurde nichts Geringeres gefordert als die Trennung der 39 landwirtschaftlichen Staaten des Mittelwestens und Westens von den 9 Industriestaaten des Ostens. Die Begründung war die, daß die westlichen Staaten seit dem Bürgerkriege von den dichter bevölkerten und daher im Kongreß stärker vertretenen Oststaaten in schamloser Weise ausgebeutet und ausgeplündert worden seien. Das wird nun vorläufig als wahnwitziges Phantasiestück eines in der Krisis erhitzten Gehirns abgetan. Immerhin darf man nicht vergessen, daß ohne Zweifel viel unwillig gewordenes Farmervolk im Westen sehr für die Idee eingenommen ist. Als Symptom ist dieses Vorkommnis nicht unwichtig.

Das ganze Land wartet mit der größten Spannung auf den Regierungsantritt Roosevelts. Bereits werden im Kongreß Anstrengungen gemacht, den Präsidenten mit besonderen Vollmachten auszustatten, die, wie argumentiert wird, für die große Sanierungsaktion wünschbar und notwendig seien. Wenn man sich vorstellt, mit was für weitgehenden Vollmachten der Präsident der Vereinigten Staaten normalerweise ausgerüstet ist, so ist leicht einzusehen, daß, wenn noch weitere auf Kosten des Kongresses hinzukommen, zur „milden" Diktatur nur noch ein kleiner Schritt ist. Indessen hat sich die Finanzwelt ihre Machtstellung in den hauptsächlichsten Industrien weiterhin durch stärkere und weitverzweigte Besetzung in den Verwaltungsräten ausgebaut. Die Positionen werden bald bezogen sein — und das Volk wartet.

15. Februar 1933. *Jakob Krüsi* (Villa Park, Ohio).

Zur Weltlage

Zu dem mächtigen Gewicht der Dinge, die nun geschehen, gesellt sich die Schwierigkeit, davon im Rahmen dieser Erörterungen zur Weltlage richtig und genügend zu reden. Denn so viele von diesen Ereignissen und den durch sie aufgewirbelten Themen wären leichter in einem ganzen Aufsaz als durch ein paar Bemerkungen zu behandeln. Und dazu: wer wollte heute nachkommen?

Im Mittelpunkt steht immerfort und fast immer mehr

Deutschland.

Es ist jetzt unter den Völkern wie ein verschlossenes Haus, worin wichtige, schwere, ja furchtbare Dinge geschehen, ohne daß die Welt recht wüßte, was geschieht oder das, was geschieht, recht zu deuten wüßte und so, daß man immerfort auf Ueberraschungen — und wieder schwere, ja furchtbare — — gefaßt sein muß.

Wie in einem antiken Drama die Szenen oder in einem furchtbaren Kino die Bilder, so folgen sich die Begebenheiten. Am Anfang steht für den diesmaligen Bericht

die Eröffnung des Reichstages.

Sie ist vielleicht das erschreckendste dieser Bilder. Denn es muß das schwere Wort gesagt werden, es *muß:* das Ganze war eine ungeheure *Lüge,* wie die Welt deren wenig gesehen hat. Eine Lüge war dieses Fest mit seinem gemachten Glanz, Rausch, Jubel auf dem Hintergrund von Not, Knechtschaft und jedem nüchternen Auge schon sichtbarer Katastrophe. Eine Lüge dieses triumphale Wiederauftauchen von Mächten, die vergangen sind und vergangen bleiben. Eine Lüge diese Apotheose von durchaus hohlen — und nicht nur hohlen, son-

einigung, Herrn Pfarrer *Hans Bachmann*, Aemtlerſtraße 23, Zürich 3, und koſtet 50 Rappen. Weitere Verkaufsſtellen werden ſpäter angegeben werden.)

Verdankung. Auf unſern Aufruf in der letzten Nummer der „Neuen Wege" ſind uns folgende *Gaben für deutſche Flüchtlinge* zugegangen:

Von A. S. in Z. Fr. 5.—; M. L. in B. 50.—; A. K. in F. 100.—; H. A. in G. 20.—; M. G. in B. 10.—; N. M. in Z. 30.—; A. U. in M. 10.—; S. A. in C. 10.—; F. W. in F. 30.—; C. D. in B. 10.—; Ungenannt in M. 9.10; Ungenannt in M. 40.—; A. R. in T. 20.—; H. St. in B. 50.—; F. W. in F. 30.—; U. M. in T. 10.—; W. Sch in Z. 30.—; H. E. in A. 50.—; F. G. in K. 20.—; A. A. in Z. 20.—; B. A. in St. G. 100.—; Ungen. Z. 5.50; Ungen. Z. 5.—. Total Fr. 664.60.

Für die Hungernden in China haben wir ſeit dem Erſcheinen des Februarhefttes der „Neuen Wege" folgende Gaben erhalten:

Von O. W. in B. Fr. 100.—; Bl. Kreuz Hoffnungsbund Neu-Allſchwil 14.—; Fr. W. in F. 50.—; O. W. in B. 100.—; Fr. W. in F. 20.—. Total Fr. 284.—.

Für die Arbeitsloſenhilfe ſind uns ſeit der letzten Verdankung noch zugeſandt worden:

Von Handwerkergruppe Albisbrunn Fr. 25.—; F. W. in F. 70.—; R. B. in Z. 50.—; Fr. W. in F. 100.—. Total Fr. 245.—.

Alle dieſe Gaben ſeien den Gebern aufs wärmſte verdankt! *L. u. C. Ragaz.*

Druckfehler. Seite 189, Zeile 10—11 von unten müſſen die Worte „Wir Deutſchen ... Reich" als *Zitat* in Anführungszeichen geſetzt werden. Seite 152, Zeile 19 von unten muß es heißen: *denn* (ſtatt „dann"), Seite 155, Zeile 9 von unten ſelbſtverſtändlich *Verlogenheit* (nicht „Verlegenheit").

Dazu eine Berichtigung. Villa Park (vgl. S. 174) iſt in *Illinois*, nicht in Ohio.

Redaktionelle Bemerkungen. Die Leſer werden freundlich gebeten, nicht zu vergeſſen, daß die Betrachtung *„Zur Weltlage"* am 10., und die *„Monatschronik"* am 11. Mai abgeſchloſſen werden mußte und daher das ſeither Geſchehene nicht mehr berückſichtigt werden konnte. Aber es wird dadurch an dem Geſchriebenen nichts geändert.

Das Manifeſt der Religiöſen Sozialiſten (Kreuz Chriſti und Hakenkreuz) *iſt für 5 Rappen das Stück Gartenhofſtraße 7, Zürich 4, zu haben. Man bittet um eifrigſte Verbreitung!*

Freunde der neuen Wege.

JAHRES-VERSAMMLUNG

Sonntag, den *28. Mai*, in Zürich (im Heim von „Arbeit und Bildung", Gartenhofſtraße 7, Außerſihl).

Traktanden:

I. *Geſchäftlicher Teil.* Beginn vormittags ½10 Uhr.
Jahresbericht und Ausſprache darüber.

II. *Allgemeiner Teil:* Beginn nachmittags 2 Uhr.
Thema: *Die Lage, ihre Aufgaben, Schwierigkeiten und Verheißungen.* Eingeleitet durch Pfarrer *Robert Lejeune.*

Nach dem Vortrag findet eine freie Ausſprache ſtatt. Zu dieſem zweiten Teil ſind auch Geſinnungsgenoſſen (*nur* ſolche!) eingeladen, die nicht Mitglieder der Vereinigung ſind.

Das *Mittageſſen* findet um 1 Uhr gemeinſam im *Volkshauſe* ſtatt.

Wir erwarten in Anbetracht des Ernſtes der heutigen Lage und der Wichtigkeit der Traktanden, daß alle Mitglieder und Geſinnungsgenoſſen, die nicht unbedingt abgehalten ſind, zu dieſer Ausſprache über die gemeinſame Sache erſcheinen werden. *Die Kommiſſion.*